

Südwürttembergische Regionalidentität und die Wiedereinführung der Konfessionsschule

schen Bildungslandschaft sei. Schon dies allein macht die ursprüngliche und immer wieder durchscheinende Option der französischen Besatzungsmacht für ein laizistisches Bildungswesen nach dem Vorbild Frankreichs obsolet.

Ebenso denkt Carlo Schmid, der in der württembergischen SPD dezidiert für eine solche christlich geprägte Schul- und Kulturpolitik Werbung macht und sich offen von den laizistischen Thesen der SPD der Weimarer Republik trennt. Weit verbreitet ist die Vorstellung, dass speziell die nationalsozialistisch erzogene und jetzt orientierungslos gewordene Jugend dringend einer geistigen Führung bedarf, die nur durch das Zusammengehen von Staat und Kirchen realisierbar sei. Handfest ausgedrückt: Bürgermeister, Pfarrer und Lehrer müssten zusammenstehen, um die Jugend wieder in den Griff zu bekommen²². Der Nationalsozialismus wird in dieser Interpretation monokausal als Abirrung gegenüber bewährten christlichen Traditionen verstanden, an die man jetzt unbedingt wieder anknüpfen müsse.

Das zweite und vielleicht noch entscheidendere Argument für die Konfessionsschule ist aus der Sicht ihrer Anhänger die Vorstellung, dass nur eine konfessionsreine Erziehung in der Lage ist, echtes Christentum zu vermitteln. Interkonfessionelle Ausrichtung wird mit Verwässerung gleichgesetzt und deshalb nur negativ verstanden. An diesem Punkt verwickeln sich allerdings die politischen Propagandisten der Bekenntnisschule in einen gravierenden Widerspruch: Auf der politischen Ebene verfechten sie vehement die interkonfessionelle Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Partei, der CDU, und verlangen gleichzeitig die konfessionelle Trennung als Regelfall für die staatliche Bildungspolitik. Noch konkreter gesagt: Als Politiker schließen sie eine Vernunftehre mit den Protestanten zur Überwindung der Minderheitenposition des Zentrums, um gleichzeitig das hergebrachte Mißtrauen gegenüber dem protestantischen Christentum als Vorform der Säkularisierung im Schulbereich zu pflegen. Dieser Widerspruch wird auch vom protestantischen Flügel der südwürttembergischen CDU durchaus gesehen. In dem hier formulierten Positionspapier wird unter der Überschrift *Bedenken gegen die Konfessionsschule* nach den *religiösen* ausdrücklich aufgeführt: *politisch: Gegen den Gedanken der CDU*²³. (...) In der Debatte um den Schulartikel der südwürttembergisch-hohenzollerischen Landesverfassung am 3. Dezember 1946 wird vom DVP-Abgeordneten Kohler ausdrücklich auf diesen neuralgischen Punkt hingewiesen²⁴. Eine Reaktion der CDU-Fraktion ist zumindest nicht protokolliert.

Während die Begründung für die Konfessionsschule hochideologisch vorgetragen wird, ist die Argumentation der Gegner der Konfessionsschule sehr stark an den praktischen Folgen orientiert, die eine Einführung der Konfessionsschule mit sich brächte. Eine frühe Zusammenstellung dieser Gründe findet sich in dem oben bereits zitierten Papier des protestantischen CDU-Flügels. Sie werden im Abschnitt „Bedenken gegen Konfessionsschule“ folgendermaßen formuliert:

22 So formuliert es explizit eine Bürgermeisterbesprechung in Münsingen Anfang der 50er Jahre.

23 ACDP I – 105, Nr. 045.

24 Protokoll der Verhandlungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern, S. 41.